

Summe kann von einem in Arbeit stehenden Menschen vielleicht aufgebracht werden. Man muß aber bedenken, daß in diesem Paragraphen bedürftige Umsiedler angesprochen werden, die zum großen Teil aus Invaliden, Rentnern und sonstigen Rentempfängern bestehen, die überwiegend nur die Mindestrente erhalten. Wenn auch diese Kreise in ihrem Alter vielleicht nicht die vollen 1000 DM zum Ankauf von Möbeln und Hausrat benötigen, haben sie doch auch den Wunsch und das Recht, anständig zu wohnen. Mit Hilfe der Volkssolidarität und durch sonstige freiwillige Maßnahmen läßt sich diese Lücke meines Erachtens nicht ausfüllen; denn die Kreise, die in diesem Kriege das Glück hatten, ihr Hab und Gut zu behalten, haben leider zum großen Teil nicht das Verständnis für die Lage dieser ehemaligen Umsiedler aufbringen können. Vielleicht darf ich auch hier das Ministerium der Finanzen bitten, beim Erlaß der Durchführungsbestimmungen die Möglichkeit zu überprüfen, eine Lockerung der Bestimmungen in irgendeiner Form durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Wenn unsere Provisorische Regierung in dieser Regierungsvorlage ganz erhebliche Mittel zur Verfügung zu stellen in der Lage war, so war dies nur dadurch möglich, daß unsere Aktivistenbewegung und unsere Arbeitsbrigaden in vorbildlichem Einsatz dazu beitrugen. Ihnen gelührt unser besonderer Dank.

In der Regierungserklärung bei Antritt unserer Provisorischen Regierung erklärte unser Ministerpräsident Otto Grotewohl, daß die sinnvolle Eingliederung der Umsiedler eine moralische Verpflichtung der Regierung sei. Mit Genugtuung und Freude können wir heute feststellen, daß dies unserer Regierung im wahrsten Sinne des Wortes gelungen ist und daß dieses Gesetz eine weitere ausschlaggebende Maßnahme in dieser Richtung darstellt. Die Christlich-Demokratische Union begrüßt daher dieses Gesetz auf das lebhafteste, und ich habe die ehrenvolle Aufgabe, zu erklären, daß die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union diesem Gesetz ihre volle Zustimmung gibt.

(Beifall)

Vizepräsident Ebert:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Friedei Malter.

Abg. Frau Malter (FDGB/FDJ u. a.):

Meine Herren und Damen! Die Eingliederung der ehemaligen Umsiedler im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik war ohne Zweifel eins der größten Nachkriegsprobleme. So mancher wird sich vor fünf Jahren, als die sogenannten Flüchtlinge noch Landstraßen und Massenquartiere bevölkerten, die Frage vorgelegt haben, ob diese Schwierigkeit überhaupt lösbar ist. Denn mit dem Zuzug der Umsiedler erhöhte sich die Bevölkerungsdichte von 141 Personen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik auf 166 Personen je Quadratkilometer. Gerade die Wohnraumbeschaffung war der Anlaß, anfangs die Unterbringung vornehmlich auf dem Lande vorzunehmen, wobei natürlich wirtschaftliche Erfordernisse keine Berücksichtigung finden konnten. Es war erst später bei neuen Umsiedlertransporten möglich, diese planvoller zu lenken und neue Umsiedlungen nach beruflichen Qualitäten in die industriellen Gebiete vorzunehmen.

Heute gibt es — ich glaube, das wird jeder von Ihnen bestätigen — in der Deutschen Demokratischen Republik ein Umsiedlerproblem nicht mehr; denn alle bisherigen Maßnahmen der früheren sowjetischen Besatzungsmacht, der Verwaltung, der Regierung und die Bemühungen demokratischer Parteien und Massenorganisationen waren darauf gerichtet, die ehemaligen Umsiedler seß-

haft zu machen. Sie wurden in den Produktionsprozeß eingereiht. Ihre heranwachsenden Kinder erhielten Lehr- und Ausbildungsmöglichkeiten. Durch große Anstrengungen wurde die Überführung aus Massenquartieren in Einzel- oder Teilwohnungen möglich gemacht. Alle Bemühungen waren also darauf gerichtet, die Umsiedler bei uns zu gleichberechtigten Bürgern zu machen.

Wir wissen, daß dies anfangs sehr schwer war. Die Begrenzung des Wohnraumes der Einheimischen und die dadurch entstandenen Unbequemlichkeiten wurden oft Anlaß, die Eingewiesenen als lästige Mitbewohner zu betrachten. Ja, die an sich selbstverständliche Solidarität in der Ausleiherung oder Abgabe von wichtigen, notwendigen Bedarfsgegenständen ließ damals sehr zu wünschen übrig. Auch heute — das wurde bereits bewiesen — ist die wohnliche Unterbringung der ehemaligen Umsiedler noch nicht die gleiche wie die der alteingesessenen Bewohner. Gerade daher ist es ganz besonders zu begrüßen, daß durch das Umsiedlergesetz in großzügiger Weise das Wohnungsbauprogramm zugunsten der Umsiedler erweitert wird und ihnen eine bevorzugte Zuweisung von Wohnungen gesichert wird.

Die Umsiedler haben in hohem Maße am Aufbau der demokratischen Wirtschaft mitgewirkt. Sie haben Hervorragendes als Neubauern bei der Intensivierung der Landwirtschaft geleistet und zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung beigetragen. So ist also die volle Anerkennung als gleichberechtigte Bürger nicht nur durch Verordnungen oder Gesetze zur Wirklichkeit geworden, sondern die Umsiedler haben sich durch ihre Mitarbeit am demokratischen Aufbau dieses Anrecht als gleichwertige Bürger erworben.

Es ist gewiß kein Zufall, daß besonders Belegschaften der Großbetriebe, Betriebsgewerkschaftsleitungen und insbesondere die Industriegewerkschaft Land- und Forstwirtschaft seit langem die Forderung nach einer noch umfassenderen Hilfe für die Umsiedler erhoben hatten. Die Werktätigen haben an ihren Kollegen, die von jenseits der Oder- und Neißegrenze kamen, schätzen gelernt, daß sie als Fachkräfte, als technische Intelligenz, als Handwerker mit der gleichen Leidenschaftlichkeit am bisherigen Erfolg unseres Aufbaues mitgewirkt haben. Würde eine Erhebung in den Reihen der Aktivisten über den Anteil der Umsiedler gemacht werden, — ich bin dessen gewiß, daß sie in keiner Weise zurückstehen. Das ist auch kein Zufall, sondern nur ein Beweis dafür, daß auch die Umsiedler erkennen, wie sehr es sich lohnt, für die Sicherung und den demokratischen Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik mitzuarbeiten, und daß ihnen hier eine neue Heimat geschaffen wurde.

Ich bin selbst Umsiedlerin und weiß, daß meine ehemaligen schlesischen Landsleute jahrelang darauf gehofft haben, in die verlorene Heimat, in der sie oft das verlorene Paradies sahen, zurückkehren zu können. Es sind mir als Gewerkschaftsfunktionärin in hunderten von Versammlungen Fragen gerade in dieser Hinsicht vorgelegt worden.

Die Ursache für eine solche Einstellung ist Ihnen allen ja bekannt. Es war anfangs der große Mangel oft an wichtigsten Bedarfsgütern. Es war das Gefühl, nur ein geduldeter Mensch hier zu sein. Aber die Gewerkschaften haben in gleicher Weise wie alle übrigen fortschrittlichen Kräfte große Anstrengungen gemacht, um bei der Überwindung der größten Schwierigkeiten für die Umsiedler zu helfen, in der Erkenntnis, daß damit auch das lähmende Gefühl der Hoffnungslosigkeit zu überwinden ist und damit einzig und allein Schaffensfreude und Aufbauwille auch bei den ehemaligen Umsiedlern erreicht werden können.